

Antrag

**der Abgeordneten Detlef Ehlebracht, Dirk Nockemann,
Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski (AfD)**

Betr.: Deputationen abschaffen

Das „Hamburger Abendblatt“¹ hat den Sachverhalt schon im Jahre 2013 auf den Punkt gebracht: „Sie sind eine Hamburgensie, eine historisch bedingte Besonderheit: Deputationen. Die Bürgergremien gehen auf das 16. Jahrhundert zurück. Während damals wohlhabende Kaufleute den Senat stellten, waren die Bürger in den Deputationen vertreten. Heute ist jede der zehn Fachbehörden einer Deputation zugeordnet.“

Der Artikel 56² der Hamburgischen Verfassung besagt, dass das Volk zur Mitwirkung an der Verwaltung berufen ist – insbesondere durch ehrenamtlich tätige Mitglieder der Verwaltungsbehörden. Daraus leiten sich in Hamburg die Existenzen der Deputationen, aber zu einem Teil auch der Bezirksversammlungen ab. Jedoch ist es zweifelhaft, ob diese Form der Bürgerbeteiligung noch zeitgemäß ist und ob die Kosten im Verhältnis zum Nutzen gerechtfertigt sind.

Die Sitzungen der Deputationen sind vertraulich und nicht transparent für die Öffentlichkeit, diese Form ist nicht mehr zeitgemäß. Von einer echten Mitwirkung an der Verwaltung durch das Volk kann nicht gesprochen werden.

Die GRÜNEN haben diesen Mischstand in einem Beschluss im Jahr 2013 richtig erkannt: „Nicht nur der politische Nutzen dieser Einrichtungen ist also zweifelhaft. Auch der Aufwand ist durch die Praxis der letzten Jahre nicht zu rechtfertigen.“³

Nach Antwort des Senats auf eine Anfrage der AfD werden grundsätzlich die Ausgaben im Zusammenhang mit den Deputationen nicht gesondert, sondern zusammen mit anderen Ausgaben veranschlagt. Eine exakte Auskunft seitens des Senats über den Aufwand, den Deputationen erzeugen kann der Senat daher nicht geben. Überschlägig darf man aber von 1,5 Millionen Euro pro Legislaturperiode ausgehen.

Aus diesen Gründen ist eine Verfassungsänderung zur Abschaffung der Deputationen aus unserer Sicht angebracht.

Vor diesem Hintergrunde möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Hamburger Verwaltungsstrukturen zu modernisieren und in dem Zuge die Deputationen abzuschaffen.
2. eine echte Bürgerbeteiligung in der Form einzurichten, dass am Anfang einer öffentlichen Fachausschusssitzung eine Bürgersprechstunde von 30-minütiger

¹ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article120621669/Eine-Hamburgensie-steht-vor-dem-Aus.html>.

² <http://www.landesrecht-hamburg.de/jportal/portal/page/bshaprod.psm!showdoccase=1&st=lr&doc.id=jlr-VerfHArahmen&doc.part=X&doc.origin=bs>.

³ <https://beschluss.gruene-hamburg.de/2013/11/12/verwaltung-modernisieren-kosten-sparen-deputationen-abschaffen/>.

Drucksache 21/19250 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 21. Wahlperiode

Dauer eingerichtet wird, wobei etwaige Fragen im Vorwege schriftlich einzureichen sind.

3. der Bürgerschaft im Juni 2020 zu berichten.